

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 88. Giro-Konto 146
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Anzeigenschrift 8 Pfl.; amlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 261

Sonnabend, den 8. November 1930

82. Jahrgang

Hochwasser im ganzen Obergerbiet

Starke Regenfälle bringen neue Wassermassen
Reichwehr als Nothelfer — Dörfer müssen im Stich gelassen werden

Pommern von der Flut erreicht.

Stettin. Die Hochwasserwelle der Oder hat am Freitag auf der Ostoder Greifenhagen und auf der Westoder Garz erreicht. Die Straße Greifenhagen-Meschewitz ist überschwemmt. In Garz ist der Postensteg überflutet. Im übrigen haben sich die Maßnahmen zur Abwendung der Hochwasserschäden bewährt. Die Polder sind geöffnet worden, so daß das Hochwasser der Ostoder sich in die Westoder verteilen konnte. Für die Weiden, die völlig überflutet sind, befürchtet man schwere Schäden, da die Wiesenflächen nach dem Einbau der Polder mit Strohgräsern besetzt wurden. Im Gebiet von Garz wurde die Bevölkerung zum Deichschutz aufgegriffen.

Reichwehr hilft im überschwemmten Frankfurt.

Frankfurt a. d. O. Die Bevölkerung der alten Oberstadt, deren Straßen im älteren tiefergelegenen Stadtteil zum großen Teil überschwemmt sind, konnte Freitag endlich aufatmen. Die Gefahr einer noch größeren Überschwemmung durch die Fluten der Oder scheint überwunden zu sein.

Seit Tagen wurde ununterbrochen zur Sicherung gegen die Überschwemmung an der sogenannten Kuhburg gearbeitet, einer großen Niederung, die unmittelbar an den Oberdamm grenzt, über den die Straße nach Crossen führt. Fünf Meter hoch stand das Wasser in der Niederung. Hier haben Reichwehrsoldaten des 8. Infanterie-Regiments im Verein mit Mitgliedern der Technischen Nothilfe in ununterbrochener Ablösung Tag und Nacht gearbeitet.

Von der Technischen Nothilfe ist eine Reihe von Spezialtruppen gebildet worden, und zwar sieben Scheinwerfertruppen, die gleichzeitig auch im Signaldienst Verwendung finden, drei Arbeitertruppen und ein mit einem Motorboot und einem Kraftwagen ausgerüsteter Verbindungstrupp.

Nicht trostlos sieht es dagegen noch auf dem anderen Ufer in den nahe der Oder gelegenen Straßenzügen aus. Noch immer ist ein Passieren der Straßen nicht anders als auf schnell errichteten hölzernen Notstegen möglich. Auch in den überschwemmten Straßen selbst ist stellenweise Reichwehr eingesetzt. In manche Häuser kann man nur mittels Kähne gelangen, und die Soldaten benutzen zur Erleichterung der Vergungsarbeiten ein Gummischlauchboot. Auf die Notstege schleppten die Bewohner Bettzeug, Schränke und andere Möbelstücke, denn vielfach sind nicht nur die Keller, sondern

auch die etwa halbhoch gelegenen Wohnungen im Erdgeschloß von der Überschwemmung betroffen

worden. Der eigentliche Lauf der Oder ist überhaupt nicht mehr zu erkennen. Besonders empfindlich macht sich das Hochwasser aber auch südlich der Stadt bemerkbar, wo die Fluten die nach Süden führende Chaussee streifenweit etwa dreiviertel Meter hoch überschwemmt haben, so daß dort jeder Verkehr lahmgelegt ist.

600 — 700 Personen obdachlos.

Einem Pressevertreter gegenüber erklärte der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Kline, daß durch das Hochwasser nicht nur zahlreiche Keller vollgelaufen seien, sondern auch etwa 140 Wohnungen überschwemmt wurden. Den Mietern sei es zum Teil gelungen, ihre Möbel zu retten. Etwa 600 bis 700 Personen seien obdachlos geworden und wären von der Stadt teils in Notquartieren, teils in der Jugendherberge untergebracht. Darüber hinaus sind viele Leute bei Verwandten oder Bekannten untergekommen. Zahlreiche Familien würden in der Jugendherberge oder durch die Bürgerküche beköstigt.

Der Eilang-Damm bei Reipzig durchstochen.

In der Nähe der Ortschaft Reipzig, die etwa acht Kilometer oberhalb Frankfurts liegt, wurde Freitag der Eilang-Damm zur Entlastung der drüdenden Wassermassen durchstochen. Sämtliche männlichen Personen über 16 Jahre aus den Dörfern Reipzig und Schmetzig waren aufgefordert, sich an der Durchstichstelle bei Reipzig einzufinden.

Negebruch gleicht einem See.

Im Barthe- und Negegebiet wächst die Hochwassergefahr. So mußten die Bewohner der Orte Schwarze, Glauow und Gipschall ihre Anwesen im Stich lassen, um der Gefahr des Ertrinkens zu entgehen. Zuvor hatten sie

nach ihr Vieh in Sicherheit gebracht. Bei Vieh (Ostbahn) mußte infolge des steigenden Hochwassers der Fährbetrieb eingestellt werden. Der Negebruch gleicht ebenfalls einem See. Die Dörfer Brendenhofsbruch, Friedebergbruch und Gottschimm, die

völlig vom Wasser eingeschlossen

wurden, haben keine Verbindung mehr mit der Außenwelt. Die Obra ist zwischen Blesen und Schwerin über die Ufer getreten. Weiße Flächen des Obratales stehen unter Wasser.

Neue Hochwasserwelle in Schlesien.

Breslau. Da im Quellgebiet der Oder auf tschechoslowakischer Seite und im Bereich der oberen Nebenflüsse starke Niederschläge eingetreten sind, hat sich im Oberlauf der Oder eine neue Hochwasserwelle gebildet. Infolgedessen erhöhte sich bereits der Wasserstand bei Ratibor um ziemlich 2 Meter. Die Elster-Deise ist erneut angeschwollen. Man hofft, daß die neue Hochwasserwelle eine besondere Gefahr für die Oberdämme nicht mit sich bringt, aber durch diese zweite Welle wird leider der Abzug des Überschwemmungswassers wieder erheblich hinausgezögert.

Die schwebende Schuld des Reiches wächst.

Der Monatsausweis des Reichsfinanzministeriums über die Reichseinnahmen und -ausgaben im September ergibt im Ordentlichen Haushalt 619,7 Millionen Mark als Fehlbeitrag. Die Mehrausgaben in den Monaten April bis September beliefen sich auf 454,7 Mill. Mark. Im außerordentlichen Haushalt ist in derselben Zeit eine Mehreinnahme von 472,9 Mill. Mark zu verzeichnen. Der Fehlbetrag aus dem Vorjahre belief sich jedoch auf 771,7 Mill. Mark, so daß sich nach Abzug der Mehreinnahmen von April bis September ein Fehlbetrag von 298,8 Mill. Mark ergibt. Der Stand der Reichsschuld betrug am 30. September rund 10 505,4 Mill. Mark (30. Juni 10 494,5 Mill. Mark), der Stand der schwebenden Schuld 1309,6 Mill. Mark (1250,8 Mill. Mark).

Der Reichsrat arbeitet fieberhaft.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen der Reichsratsausschüsse, bei denen wieder Reichsfinanzminister Dietrich den Vorsitz führte, wurde das Ausgabenbegrenzungs-gesetz in erster Lesung erledigt. Die Ausschüsse erledigten ferner die Novelle zum Einkommensteuergesetz. Es handelt sich um die Weitererhebung der Ledigensteuer, des fünfprozentigen Zuschlags zur veranlagten Einkommensteuer und der Aufsichtsratssteuer, die auf 6 Prozent des Gesamteinkommens festgesetzt wird. Die Meldungen, daß Beamte, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, also mehr als 8000 Mark Jahreseinkommen haben, wegen der Gehaltskürzung künftig von dem fünfprozentigen Einkommensteuerschlag befreit sein sollen, entsprechen nicht den Tatsachen.

Das neue Tabaksteuergesetz.

über das die Regierung mit den Vertretern der Tabakindustrie und des Tabakanbaus seit Tagen verhandelt, ist dem Reichsrat zugegangen. Das Gesetz sieht nicht mehr die Erhöhung des Tabakzölles von 80 auf 400 Mark, sondern nur noch von 80 auf 250 Mark vor, bringt dafür aber eine Steigerung der Belastung bei Zigarren und Zigaretten und eine Verminderung der direkten Belastung des Rauchtobaks. Die Regierung hofft, auch mit dieser Regelung einen Ertrag von rund 170 Millionen Mark erreichen zu können.

Preisföpfung für Lebensmittel.

Reichsernährungsminister Dr. Schiele empfindet den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Mulert, sowie die Bürgermeister Adenauer, Köln, Blüher, Dresden, Brauer, Altona, Lohmeyer, Königsberg, Luppe, Nürnberg, und Scharnagel, München, um mit ihnen die geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisföpfung für Lebensmittel zu besprechen.

Der Minister berichtete über den Stand der Verhandlungen und legte die Gründe und Ziele der Preisföpfung

Das Wichtigste

Professor Verasträger, vom Jahre 1924 bis 1928 Mitglied der Demokratischen Fraktion des Reichstages, ist, wie der „Vorwärts“ berichtet, aus der Demokratischen Partei ausgetreten und zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten.

Am Donnerstag um 23 Uhr wurde in Spinazola, einer Stadt von etwa 12 000 Einwohnern in Apulien, ein heftiger Erdstoß verspürt. Einige Häuser wurden stark beschädigt, doch sind keine Opfer zu beklagen. Das Beben wurde auch in anderen Ortshäfen wahrgenommen.

lungsfaktion im einzelnen dar. Unter Hinweis auf die allgemeine Wirtschaftslage und die zurzeit bestehenden überhöhten Spannen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen richtete der Minister an die Vertreter des Städtetages die Bitte, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln

die Bestrebungen der Reichsregierung auf Preisföpfung zu unterstützen.

Die Vertreter des Städtetages betonten ihrerseits, daß auch sie eine erhebliche Senkung der Handelspreisen bei Lebensmitteln, insbesondere bei Brot, Fleisch und Kartoffeln, für möglich hielten. Eine derartige Preisföpfung sei überdies unbedingt notwendig, nicht nur mit Rücksicht auf die bereits durchgeführten und noch bestehenden Lohn- und Gehaltskürzungen, sondern auch im Interesse der großen Anzahl von Erwerbslosen, die auf eine Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter angewiesen seien. Sie begrüßten das Vorgehen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Preisföpfung und versprachen, die von ihr geplanten Maßnahmen mit Nachdruck zu unterstützen.

Severing verbietet die N. S. D. A. P.?

Shohoe. Wie die „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung“, das amtliche Organ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für Schleswig-Holstein, von zuverlässiger Seite aus unmittelbarer Umgebung des preußischen Innenministers Severing erfahren haben will, soll das Verbot der N. S. D. A. P. für Preußen unmittelbar bevorstehen. Ob ein gleiches Verbot seitens des Reichsinnenministers Dr. Brüch für das gesamte Reichsgebiet geplant sei, habe noch nicht festgestellt werden können.

Von der Absicht eines Verbotes der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist, wie an maßgebender preußischer Stelle erklärt wird, im preußischen Innenministerium nichts bekannt.

In Genf wird der Friedensgedanke sabotiert.

Genf. Der Vorbereitende Abrüstungsausschuß begann am Freitag mit der artikelweisen Lesung der noch offenstehenden Punkte des Abkommensentwurfes. Schon zu Beginn der Verhandlungen zeigte sich, daß der Ausschuß die Aussprache über die bereits völlig im französischen Sinne geregelten Hauptbestimmungen der Landabrüstung als endgültig abgeschlossen ansieht und die militärisch ausgebildeten Reserven von jeder Herabsetzung der Rüstungen ausschließt. Graf Bernstorff gab eine Erklärung ab, wonach die deutsche Regierung den gesamten Artikel des Abkommens, der lediglich von einer Begrenzung der aktiven Truppenbestände sowie der militärisch organisierten Formationen spreche, ablehne. Die deutsche Delegation verzichtete darauf, in Zukunft bei jedem einzelnen Punkt dagegen zu stimmen und erklärte ihre gesamte ablehnende Haltung zu dieser Regelung der Landabrüstungsfragen.

Es entspann sich dann im Ausschuß ein

scharfer Kampf zwischen den großen Seemächten England, Amerika, Japan und auch Italien auf der einen Seite und den Landmächten unter Führung Frankreichs auf der anderen Seite

über die Erfassung der Personalbestände. Der Abkommensentwurf sieht für die Landtruppen die Festsetzung einer Höchstzahl für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften vor. Die englische Regierung beantragte demgegenüber, daß die Seemächte das Recht erhalten, lediglich eine Gesamtzahl ihres gesamten Flottenpersonals ohne Einzeluntercheidungen anzugeben, während die Landmächte gezwungen werden sollen, nach Dienstgraden ihre Personalbestände festzusetzen. Dieser englische Antrag wurde von dem sowjetrussischen Außenkommissar Litwinoff in gleicher Weise scharf bekämpft wie von dem Vertreter Frankreichs. Schließlich wurde beschlossen, daß diejenigen Mächte, die an diesem englischen Antrag interessiert seien, in vertraulichen Verhandlungen über die Möglichkeit einer Einigung beraten sollen.

